

<b>Beschlussvorlage</b>	Nummer	1/007/2026
Werkleitung	Datum	28.01.2026
Häuser, Alexander	Aktenzeichen	<b>61.60</b>
	Bezugsnummer	

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
<b>Werkausschuss der Verbandsgemeinde Höhr-Grenzhausen</b>	<b>19.02.2026</b>	<b>öffentlich beschließend</b>

#### Abstimmungsergebnisse:

1. Ausschuss: einstimmig: ja: nein: Enth.:  
2. Ausschuss: einstimmig: ja: nein: Enth.:  
3. Rat: einstimmig: ja: nein: Enth.:

Unterschrift

Sichtvermerk

## Interkommunale Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

### Sach- und Rechtslage:

#### Sachverhalt:

Die Verbandsgemeindewerke stehen – wie nahezu alle kommunalen Versorgungsbetriebe – vor tiefgreifenden strukturellen Herausforderungen. Hierzu zählen insbesondere:

- stetig und strukturell zunehmende technische, rechtliche und organisatorische Anforderungen an kommunale Wasserversorgungs- und Abwasserbetriebe, insbesondere durch die fortlaufende Verschärfung der Trinkwasserverordnung, neue europäische und nationale Vorgaben zum Gewässer-, Umwelt- und Gesundheitsschutz, deutlich steigende Dokumentations- und Überwachungspflichten sowie wachsende Anforderungen an Klimaanpassung, Krisenvorsorge und Versorgungssicherheit
- ein hoher und langfristig weiter zunehmender Investitionsbedarf in Netze, Anlagen und betriebliche Infrastruktur
- der zunehmende Fachkräftemangel in technischen und kaufmännischen Bereichen sowie
- wachsende Anforderungen an Wirtschaftlichkeit, Transparenz und dauerhafte Versorgungssicherheit.

Vor diesem Hintergrund haben die Bürgermeister der Verbandsgemeinden Ransbach-Baumbach und Höhr-Grenzhausen gemeinsam mit den Werkleitungen erörtert, ob eine strukturelle Annäherung bis hin zu einer möglichen Zusammenlegung der beiden Werke eine zukunftsfähige Option darstellen könnte.

Dabei geht es ausdrücklich nicht um eine Vorfestlegung oder Vorentscheidung, sondern um die sachliche Klärung der Fragen,

- **ob** eine Zusammenlegung bzw. eine vertiefte interkommunale Zusammenarbeit grundsätzlich sinnvoll ist und
- **wie** eine solche – falls sie sinnvoll erscheint – organisatorisch, rechtlich, personell und wirtschaftlich tragfähig ausgestaltet werden könnte.

#### Zielsetzung der Prüfung:

Ziel der vorgesehenen externen Prüfung durch die Kommunalberatung Rheinland-Pfalz GmbH ist es, eine fachlich fundierte und modelloffene Entscheidungsgrundlage zu erhalten, die insbesondere folgende Punkte beleuchtet:

- geeignete Organisations- und Kooperationsmodelle (z. B. Intensivkooperation, gemeinsame Einrichtung, Anstalt des öffentlichen Rechts oder weitere zulässige Modelle),
- rechtliche Rahmenbedingungen und kommunalrechtliche Anforderungen,
- wirtschaftliche Auswirkungen (einschließlich Einmalkosten und laufender Effekte),

- personelle und organisatorische Konsequenzen (inkl. Mitbestimmungsaspekten und Umsetzungsbedarf) sowie
- Chancen, Risiken und ein realistischer Umsetzungsrahmen (Zeit/Prozessschritte).

### **Mögliche Vorteile einer Zusammenlegung (vorläufige Einschätzung, vorbehaltlich Prüfung):**

Bereits in den ersten Gesprächen wurden insbesondere folgende potenzielle Vorteile identifiziert:

#### **1. Zukunftssicherheit und Stabilität:**

Ein größeres gemeinsames Werk könnte personelle und organisatorische Risiken (z. B. Ausfälle, Ruhestände, Spezialthemen, Bereitschaftsdienste) besser abfedern, Know-how bündeln und die Resilienz der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erhöhen.

#### **2. Wirtschaftlichkeit und Investitionsfähigkeit:**

Durch die Bündelung, Standardisierung und Skaleneffekte sowie den Abbau von Doppelstrukturen könnten Investitionen langfristig planbarer gestaltet und bestimmte Fixkosten auf eine breitere Basis verteilt werden. Eine belastbare Bewertung und Quantifizierung ist Gegenstand der externen Prüfung.

#### **3. Professionalisierung und Qualitätssteigerung:**

Ein gemeinsames Werk ermöglicht eine stärkere Spezialisierung (Technik, Projektsteuerung, Vergabe, Gebührenwesen, Digitalisierung) und damit eine nachhaltige Steigerung der fachlichen Qualität und Organisationssicherheit.

#### **4. Stärkung der strategischen politischen Rolle:**

Moderne Organisationsformen ermöglichen klar strukturierte Zuständigkeiten und Entscheidungswege. Die politischen Gremien behalten dabei ihre zentrale Rolle bei der strategischen Ausrichtung, Zieldefinition und Kontrolle der Werke. Gleichzeitig werden operative Abläufe transparent und fachlich gebündelt organisiert, wodurch Entscheidungsprozesse insgesamt nachvollziehbarer, effizienter und wirkungsvoller gestaltet werden können.

### **Mögliche Herausforderungen und organisatorische Gestaltungsfelder:**

Im Rahmen einer externen Prüfung sind neben den Chancen auch organisatorische und strukturelle Gestaltungsfelder zu betrachten, u. a.:

- der organisatorische und rechtliche Abstimmungs- und Umsetzungsaufwand,
- der Koordinationsbedarf zwischen den beteiligten Kommunen (z. B. Gremienstrukturen, Zuständigkeiten, Steuerungsmodelle)
- die Harmonisierung von Strukturen, Prozessen und – soweit rechtlich erforderlich und sachlich sinnvoll – auch von Gebühren-/Entgeltgrundlagen
- die sozialverträgliche Ausgestaltung von Personal- und Organisationsfragen unter Berücksichtigung bestehender Strukturen und bewährter lokaler Verankerung

Gerade deshalb erscheint eine externe, neutrale Prüfung sinnvoll, um Chancen, Risiken, Kosten und Umsetzungsoptionen realistisch und nachvollziehbar zu bewerten.

Die beabsichtigte Beauftragung des Gemeinde- und Städtebundes stellt keinen Beschluss über eine Zusammenlegung dar, sondern ist als ergebnisoffene Vorprüfung zu verstehen. Sie soll den politischen Gremien ermöglichen, auf einer fundierten fachlichen Grundlage über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Die Gesamtkosten für die Durchführung des Prüfungsauftrages durch die Kommunalberatung Rheinland-Pfalz GmbH belaufen sich auf 27.000 € netto und gliedert sich wie folgt:

Dienstleistung	Anzahl Personentage	Betrag netto
<b>1. Auftaktgespräch und Grundlagenermittlung</b> Erstellung des Erhebungsbogens, Zusammenstellung der benötigten Unterlagen Gemeinsames Auftaktgespräch; Abstimmungen; (1 Vor-Ort-Besuch/Webmeeting)	2	2.000,00 €
<b>2. Ist-Erhebung und Ist-Analyse</b> Sichtung und Auswertung vorhandener Unterlagen (u. a. Aufbereitung der Stellen, Altersstruktur, Ausfallzeiten, Mehrarbeitsstunden, Wirtschaftsplan 2023, Dienstanweisungen, aktuelle Stellenbeschreibungen) als Basis der Ist-Situation unter Einbeziehung der Arbeitsprozesse und Verwaltungsstrukturen;	6	6.000,00 €
<b>3. Personalbedarfsermittlung</b> nach Rechnungshof RLP (Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung);	3	3.000,00 €
<b>4. Qualitative Interviews</b> Gespräche mit Mitarbeitern / Gruppen; Dauer ca. 30 bis 60 Minuten je Person / Gruppe; Einschl. Vorbereitung (u. a. Interviewleitfäden aus den Erhebungsbögen und Stellenbeschreibungen); (1 Vor-Ort-Besuch mit 2 Beratern)	4	4.000,00 €
<b>5. Optimierungsempfehlungen</b> Beschreibung umsetzungsfähiger Lösungsansätze zukunftsgerichteter Aufgabenerledigung insbes. die Ablauforganisation betreffend;	10	10.000,00 €
<b>6. Besprechung der Ergebnisse (Entwurf)</b> Vorstellung der Ergebnisse und Nachbereitung für die endgültige Fertigstellung; (1 Vor-Ort-Besuch/Webmeeting mit 2 Beratern)	2	2.000,00 €
<b>7. Lektorat und Berichterstellung (PDF-Datei)</b>	0,5	0,00 €
<b>Netto-Preis</b>	<b>27</b>	<b>27.000,00 €</b>

Die Kosten werden jeweils hälftig von den beiden Verbandsgemeindewerken getragen.

**Beschlussvorschlag:**

Es wird beschlossen, die Kommunalberatung Rheinland-Pfalz GmbH mit einer modelloffenen, ergebnisoffenen fachlichen Prüfung zu beauftragen,

- ob eine Zusammenlegung bzw. vertiefte Kooperation der Verbandsgemeindewerke Ransbach-Baumbach und Höhr-Grenzhausen grundsätzlich sinnvoll ist
- welche organisatorischen und rechtlichen Modelle hierfür in Betracht kommen
- welche wirtschaftlichen, personellen, technischen und strukturellen Auswirkungen zu erwarten sind
- welche Vor- und Nachteile sich hieraus für die beteiligten Verbandsgemeinden ergeben sowie
- welcher Umsetzungsrahmen (Vorgehensweise und Meilensteine) realistisch ist.

Ziel der Prüfung ist die Erarbeitung einer belastbaren Entscheidungsgrundlage für die weiteren politischen Beratungen.

Die Kosten für die Verbandsgemeindewerke Höhr-Grenzhausen belaufen sich auf 13.500 € netto.

Mit diesem Thema wird insbesondere an nachfolgende Handlungsfelder aus der Integrierten Standortentwicklung angeknüpft: Wohnen, Gewerbe und Dienstleistungen.

**Termin Umsetzung:**

2026